

# Wilsdruffer Tageblatt

Sprechsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Ersteilung nach dem Antrage der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände vom 1. April 1911. Durch unsere Redaktionen sind in der Stadt monatlich 4 bis 40 Blätter, auf dem Lande 4 bis 20 Blätter, durch die Post wöchentlich 13 bis 20 Blätter mit Zusendung der Blätter zu den Adressierten und der Blätter zu den Adressierten zu versenden. Im Falle weiterer Bestellung, ohne dass die Blätter zu den Adressierten zu versenden, ist der Besteller dem Herausgeber auf dem Wege der Zeitung oder durch den Postboten zu benachrichtigen.



Verkaufspreis 1 Mk. für die gewöhnliche Ausgabe oder deren Raum, Leihpreis 90 Pfg., Anzeigen 2.50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresvertrag entsprechender Preisnachlass. Zeitungsannahmen im engeren Sinne für den Kreis der Zeitungsannahmen 3 Mk. Anzeigenannahmen im engeren Sinne für den Kreis der Zeitungsannahmen 3 Mk. Anzeigenannahmen im engeren Sinne für den Kreis der Zeitungsannahmen 3 Mk. Anzeigenannahmen im engeren Sinne für den Kreis der Zeitungsannahmen 3 Mk.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Thorandt. Verleger und Drucker: Arthur Zichunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Pässig, für den Inseratenteil: Arthur Zichunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 21.

Mittwoch den 26. Januar 1921.

80. Jahrgang.

## Ämtlicher Teil.

### Donnerstag den 27. Januar 1921 abends 7 Uhr öffentliche Sitzung der Stadtverordneten.

Die Tagesordnung hängt im Verwaltungsbauhaus aus.

Wilsdruff, am 26. Januar 1921.

Der Stadtverordnetenvorsteher.

### Die Auszahlung der Minderbemittelten-Unterstützung

auf Monat Januar erfolgt Mittwoch den 26. Januar 1921 vormittags 9—1 Uhr in der Stadtkasse.

Wilsdruff, am 25. Januar 1921.

Der Stadtrat.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Das abgeänderte Reichswehrgesetz ist dem Reichstag zur Beschlussfassung zugewandt.

\* Am Montag hat die Entente-Konferenz in Paris ihren Anfang genommen.

\* Die griechischen Truppen haben in Kleinasien eine schwere Niederlage durch die Türken erlitten.

### Studentennot.

In unseren Universitäten und Hochschulen wimmelt es mehr als jemals früher von jungem arbeitsfrohem Volk, beiderlei Geschlechts natürlich. Denn auch in den Städten der Wissenschaft hat der Grundgedanke der Gleichberechtigung Eingang gefunden. Aber so munter unsere Jugend sich gibt, im Banne ihrer Hörsäle und Klubs, ihrer Laboratorien und Seminare, so groß ist das Elend, das sie dem Auge des Unbeteiligten geistlich zu verbergen weiß. Man braucht bloß von der Tatsache auszugehen, dass in Berlin z. B. heutzutage kein Student seine notwendigen Lebensbedürfnisse mit weniger als 600 Mark bestreiten kann, während er in der guten alten Zeit mit 100 Mark schon ganz gut auskam, um eine Antwort auf die Frage zu finden, ob es in der akademischen Welt Deutschlands wohl überall so aussieht, wie es sein sollte.

Von der Not, die hier besteht, werden natürlich nicht bloß die eigentlichen Univeritätsstädte betroffen. Denn unser gelehrter Nachwuchs strömt von überall her, vom Lande, von den kleinen Städten an den mit Hochschulen angelegenen Plätzen zusammen. Mag es hier und da auch Abminderungen geben in der Lebenshaltung der verschiedenen Bevölkerungsstufen, Abminderungen auch in der Fähigkeit, die Schwierigkeiten der Studierenden zu lindern, die Töchter von den Elternhäusern her zu mildern, die Anforderungen der Univeritätsstädte selber bleiben immer noch groß genug, um in jedem Falle als eine schlimme Notlage empfunden zu werden. Man hat schon des öfteren davon gehört, wie durch private Entschlüsse oder auch durch öffentliche Organisationen Anstrengungen gemacht werden, den Studenten wenigstens in der Wohnungsfrage oder in der Befriedigung der Erleichterung zu verschaffen. Alles das ist aber nicht viel mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein, da ja leider die Preisentwicklung nach oben noch immer nicht zum Stillstand gekommen ist. Zur Ehre unserer Studentenschaft aber kann und muß es gesagt werden, daß ihre Kräftigkeit, ihre Lebenskraft unter allen diesen widrigen äußeren Verhältnissen nur gewachsen ist. Davon spricht allein schon die Tatsache, daß sie von der Möglichkeit, sich die Vorlesungsgebühren zu leisten, bis zum eigenen Erwerb, bis zur selbständigen Berufsausübung, nur einen sehr geringen Gebrauch machen, auszuweichen, in dem Umfange, der auch nur der zahlenmäßigen Zunahme der Studierenden in den Jahren seit dem Kriege entspricht. Ebenso wenig drängen sie sich zu dem Stipendium, die ja immer noch in ziemlich großer Zahl vergeben werden. Sie ziehen es vor, durch eigene Arbeit neben dem Studium, das eifriger als je zuvor betrieben wird, sich so viel Geld zu verdienen, daß sie sich einigermaßen durchs Leben schlagen können. Dabei scheuen sie vor keiner Arbeit, sei sie auch noch so anstrengend, so mechanisch, ja, sie fragen nicht einmal, ob sie des Tages oder des Nachts zu leisten ist, sie opfern ihre Ferien, ihre Erholung, sie verzichten auf Ruhe und Vergnügen, nur um sich selbst helfen zu können, soweit man dazu heute überhaupt imstande ist. Und wenn es noch schlimmer mit uns Deutschen kommen sollte, als wir es jetzt schon ertragen müssen, unsere studentische Jugend wird den Mut nicht sinken lassen.

Auf einen Schlag allerdings waren sie nicht gefaßt: das jetzt auch noch der Vater Staat kommen und ihnen die Studiengelder um rund den fünffachen Betrag erhöhen würde. Aber es ist wirklich so. Der Staat will darauf bestehen, daß die Studenten ihm einen größeren Anteil an den Selbstkosten für den Unterhalt der Universtitäten abgeben müssen, entsprechend den etwa auf das zehnfache gestiegenen Preisen, aus denen ihr Gesamtumsatz sich zusammensetzt. Selbstverständlich läßt sich diese Forderung rein realistisch durchaus begründen; nur eins bleibt bei ihr leider vollkommen unberücksichtigt: der seelische, der intellektuelle Druck, der damit auf das Auswärtigen, auf das Vorwärtigen unserer Jugend gelegt wird. Mit dem Rechenstift allein sollte man gerade in Fragen, an denen unsere Söhne und Töchter in erster Reihe beteiligt sind, nicht arbeiten, schon aus dem Grunde nicht, weil auf diese Weise die innere Annäherung der neuen Generation an die neuen Zustände in Deutschland gewiß nicht gefördert wird.

### Beginn der Pariser Konferenz.

Entwaffnung und Entschädigung.

Am Montag hat in Paris die Konferenz der Alliierten ihren Anfang genommen, die einberufen wurde, um eine Einigung über die Forderungen zu erzielen, die man in der Frage der Entwaffnung und Kriegsschädigung an Deutschland zu stellen beabsichtigt.

Die erste Sitzung wird sich mit der Befreiung der Frage der Entwaffnung Deutschlands beschäftigen. Die alliierten militärischen Sachverständigen scheinen namentlich über eine Lösung einig zu sein, die Deutschland eine kurze Frist gibt, um seine Verpflichtungen betr. die Entwaffnung gemäß dem Abkommen von Spa zu erfüllen; die Interalliierte Kontrollkommission wird über die Ausführung dieser Bestimmungen wachen. Der Oberste Rat wird sich mit dieser Frage nicht länger als einen Tag beschäftigen, da er lediglich die von den militärischen Sachverständigen ausgearbeiteten Pläne gutzuheißen haben wird.

In bezug auf die Auslösung der Einwohnerverbrennen in Bayern soll England damit einverstanden sein, daß Bayern eine Frist von höchstens drei Monaten gesetzt wird; dagegen besteht noch vollständige Ungewißheit in bezug auf die Regelung der Verhältnisse in Ostpreußen. Was die Festlegung der deutschen Kriegsschädigung anbelangt, so ist, wie die Agence Havas nunmehr jagt, mit dem entscheidenden Verlangen Belgiens nach einer endgültigen Festlegung der deutschen Kriegsschuld zu rechnen. Der Rat hat sich in der Kammer gegen diese sofortige Festlegung einer Pauschallsumme erklärt. Er möchte durch die Zulassung von Abschlagszahlungen den im Verfall der Vertrag festgesetzten Termin, den 1. Mai 1921, hinausschieben. Die französische Regierungspresse läßt es im Zweifel, ob die Zustimmung Englands zu diesem Programm bereits erfolgt ist. Die ablehnende Haltung Belgiens legt die Vermutung nahe, daß England immer noch der von Mitterand auf der Konferenz in Vaulgoune zugesprochenen Festlegung der gesamten deutschen Kriegsschädigungen den Vorschlag gibt.

### Ziffern aus der Kriegsschädigung.

Eine unendliche Liste.

Die sogenannte Wiedergutmachungskommission der Entente veröffentlicht folgenden Bericht über die Lieferungen Deutschlands bis zum 31. Dezember 1920:

Die Lieferungen auf das Reparationskonto betragen bis zum 31. Dezember 1920: Kohlen (Roß und Braunkohle) insgesamt und gleichwertig berechnet) 17 818 840 Tonnen; Ammoniak-Sulfat 19 000 Tonnen; Dynamit 2034 729 Bruttotonnen, Flüsschlöße nebst Material dazu 33 730 Tonnen, Tiere 360 000 Stück; Sämereien 6 802 558 Kilogramm; rollendes Material: Lokomotiven 4571, Waggonen 129 553, Lastwagen 5000; feste Eisenbahnmaterial 140 000 Tonnen; landwirtschaftliches Material 131 505 Tonnen (Maschinen und Geräte); Farbstoffe 10 787 827 Kilogramm; pharmazeutische Produkte 57 823 Kilogramm; Untersekabel: Emden—Nigo, Emden—Brest, Emden—Teneriffa, Emden—Azoren (1 und 2), Azoren—Reinbof (1 und 2), Teneriffa—Monrovia, Monrovia—Lome, Lome—Duala, Monrovia—Pernambuco, Konstantinopel—Konstanta, Jap—Schanghai, Jap—Guam, Jap—Manado.

Außer den Deutschland gutzuschreibenden Lieferungen bestimmt Artikel 238 des Friedensvertrages, daß Deutschland verpflichtet ist, zurückzuerhalten Gegenstände jeder Art, Wertpapiere und Gelder, die weggenommen, beschlagnahmt oder sequestriert worden sind, falls es möglich ist, diese zu identifizieren, teils auf deutschem Gebiete oder im Gebiete der Alliierten. Diese Rückhaltung identifizierter Gegenstände ist durchaus zu unterscheiden von den oben angeführten Lieferungen; Artikel 233 des Vertrages setzt fest, daß deren Wert nicht auf das Reparationskonto Deutschlands gebucht werden darf. Die Kommission stellte bis zum 31. Dezember 1920 folgende Rückstellungen für Frankreich und Belgien fest: an landwirtschaftlichen Maschinen: 13 560; Material für die Industrie: 271 207; rollendes Material: Lokomotiven: 407; Waggonen: 18 928. Andere Güter sind gleichfalls zurückzuerhalten worden, wie Wertpapiere, eine gewisse Menge Mobiliar und Kunstgegenstände.

### Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Reichsaussenminister und Presse.

Der Reichsverband der Deutschen Presse, Beirätever-

band-Vertrag veranstaltete aus Anlaß des 10jährigen Bestehens des Verbandes im Volkshaus eine große Reichstages eine Festfeier, die bei außerordentlich starkem Besuch einen glänzenden Verlauf nahm. Hauptredner des Tages war Reichsaussenminister Dr. Simons. Dieser erinnerte daran, daß die Presse im Leben des Volkes schon eine wichtige Rolle gespielt habe, ehe die Buchdruckerkunst erfunden war. Freilich sei jene Einwirkung kaum zu vergleichen mit der in der heutigen Zeit. Simons erinnerte an die große Wichtigkeit, die schon Bismarck dem Einfluß der Presse beigelegt habe. Im Auswärtigen Amt werden 25 Bände aufbewahrt mit Artikeln, die teils von Bismarck geschrieben, teils von ihm inspiriert worden sind. Die deutsche Presse hat Gott sei Dank ihren eigenen Charakter. Ein Versuch, die deutsche Presse anders zu leiten, als in der Richtung ihrer politischen Überzeugung wäre zur Erfolglosigkeit verurteilt. Der Politiker kann der Presse Tatsachen mitteilen und Ziele seiner Politik zeigen, das Urteil darüber muß er der Presse überlassen. Ganz besonders lob spendete der Minister der vornehmen Haltung der Provinzpresse.

### Abschließung des Memelgebietes.

Vor einigen Tagen ist zwischen Litauen und dem Memelgebiet ein Abkommen geschlossen worden, wonach zwischen beiden Ländern eine Zollunion mit gemeinsamer Grenze gegen Deutschland, die sich längs der Linie Schwallowenken—Memel—Ruh und Skirwisch-Beden bis zum Kurischen Haff und weiter längs der Ostsee bis an die litauische bzw. lettische Grenze erstreckt. Die näheren Einzelheiten des Abkommens, namentlich des Zolltarifs, werden von einer besonderen Zolltarifkommission ausgearbeitet. Damit ist das Memelgebiet vom deutschen Reich losgerissen.

### Das neue Reichswehrgesetz.

Der Entwurf des Wehrgesetzes, der dem Reichstage jetzt mit Begründung zugewandt ist, bestimmt, daß die deutsche Wehrmacht aus freiwilligen Soldaten besteht, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Das Reichswehr zählt vom 1. Januar 1921 ab 100 000 Mann einschließlich 4000 Offiziere, dazu 300 Sanitäts- und 200 Beierärzoffiziere. Die Reichsmarine 15 000 einschließlich Offiziere und Deckoffiziere. Das Reichswehr besteht aus 21 Infanterieregimentern, 18 Reiterregimentern, 7 Artillerieregimentern sowie technischen Truppen und zerfällt in zwei Gruppenkommandos, sieben Divisionen und drei Reiterdivisionen. Die Flotte wird aus sechs Linienschiffen, sechs kleinen Kreuzern, zwölf Zerstörern und zwölf Torpedoboote gebildet. Oberster Befehlshaber ist der Reichspräsident, unter dem der Reichswehrminister die Befehlsgewalt über die gesamte Wehrmacht ausübt.

### Protest sächsischer Staatsbeamten.

In einer energischen Erklärung wendet sich die Vereinigung sächsischer höherer Staatsbeamter gegen die von sozialdemokratischer Seite geforderte Befreiung der höheren Beamtenstellen allein nach parteipolitischen Rücksichten. Sie verlangt, daß die versassungsmäßig gewählte politische Beamtenfreiheit der Beamten geachtet und geschützt werde.

### Rußland.

X Antibolschewistische Aufstände. Die bisherigen Gerüchte finden jetzt ihre Bestätigung, daß die Bauern massenweise in Sibirien und Kurdistan zu den Waffen greifen, um sich von dem Bolschewistjoch zu befreien. Aus dem Nord-Kaufasus wird gemeldet, daß die Bergbewohner die Eisenbahnlinie Kijsar—Profladinsk besetzt haben und jetzt gegen die Stadt Stabe-Kaufasus vorrücken.

### Spanien.

X Wachsender Terror der Kommunisten. In Sevilla sind drei Bomben explodiert, die bedeutenden Schaden anrichteten. Infolge eines Anschlages auf die Direktion einer großen Zementfabrik in Barcelona wurde die Fabrik stillgelegt, und 1300 Arbeiter werden beschäftigungslos. Ministerpräsident Dato erklärte, daß er angesichts der fortwährenden händelhaften Attentate dem Cortes Maßnahmen zur Veranschlagung unterbreiten werde, um den Terror wirksam bekämpfen zu können.

### Griechenland.

X Schwere Niederlage der griechischen Armee. Nach einer Meldung aus Konstantinopel sind über 2000 Wundete von der griechischen Armee in Kleinasien in Konstantinopel eingetroffen. Es bestätigt sich, daß die griechischen Truppen in Kleinasien schwere Verluste erlitten haben. Man glaubt, daß der Zusammenbruch der griechischen Offensive in Anzolian den Obersten Rat der Alliierten in Paris zweifellos zu einer Revision des Friedens-